

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig monatlich 700.— Mk., wöchentlich 175.— Mk. In Pommerellen monatlich 1800.— Mk. in polnischer Währung. Redaktion: Am Spandhaus 4. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
••••• der Freien Stadt Danzig •••••
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abbestellungspreis: Die Danziger Volksstimme, 20.— Mk., wöchentlich 100.— Mk. Abbestellungspreis: Die Danziger Volksstimme, 20.— Mk., wöchentlich 100.— Mk. Abbestellungspreis: Die Danziger Volksstimme, 20.— Mk., wöchentlich 100.— Mk. Abbestellungspreis: Die Danziger Volksstimme, 20.— Mk., wöchentlich 100.— Mk.

Nr. 28

Sonnabend, den 27. Januar 1923

14. Jahrgang

Nationalsozialistischer Putschversuch in Bayern.

Der Belagerungsstand verhängt.

München, 26. 1. Die Korrespondenz Hoffmann macht mitteilt: Die Lage in der Zeit der politischen Auseinandersetzungen ist, die die Gefahr von Zusammenstößen heraufbeschwören, war den Führern der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei ersichtlich worden, daß anlässlich ihres Parteitagess in München und Festlichkeiten unter freiem Himmel nicht angelassen werden. Sie lehnten die Beachtung dieser Anordnungen ab und drohen der staatlichen Gewalt Gewalt entgegenzusetzen. Damit verließ die Partei den gesetzmäßigen Boden und lagte der verfassungsmäßigen Regierung den Kampf an. Um Störungen von Ruhe und Ordnung, von jeder Seite zu begegnen, verhängte die Regierung den Ausnahmezustand im rechtsrheinischen Bayern.

Über die Vorgänge, die zur Verhängung des Ausnahmezustandes in Bayern geführt haben, erklärte der bayerische Minister des Innern Dr. Schwegler Pressevertretern, daß in der letzten Zeit unter dem Eindruck der Siege des Faschismus in Italien die nationalsozialistische Bewegung in München stark angeschwollen sei. Den mit einer Standardmethode der Nationalsozialisten in Verbindung gebrachten Putschgerichten sei der nationalsozialistische Führer Hitler nicht entgegengetreten, sondern habe sie vielmehr durch sein Schweigen verstärkt. Das Verbot der Regierung gegen die Veranstaltung von Versammlungen unter freiem Himmel und Straßenaufmärschen anlässlich des nationalsozialistischen Parteitages habe Hitler in sehr erregter Weise bekämpft, und er habe mit Gewalt gedroht. Auch zwei von Hitler zum Minister des Innern gesandte Parteigenossen hätten die Mitteilung gegeben, daß man entschlossen sei, Gewalt anzuwenden. Daraufhin habe der Ministerpräsident den Ausnahmezustand über das rechtsrheinische Bayern verhängt.

Die bayerischen Faschisten haben in den letzten Wochen eine verstärkte Tätigkeit entfaltet. Sie glauben, daß die augenblickliche nationale Erregung ihren reaktionären Putschversuchen günstig sei. Ihr unversämtes Verhalten geht selbst aus der obigen Mitteilung bayerischen Meldung hervor. In mühter Weise bestanden sie selbst gegen die rein bürgerliche Regierung Cuno, die sie als verjudet und als schlapp bezeichneten, weil sie noch immer einige Sozialdemokraten in höheren Beamtenstellen gebildet habe. Als die Münchener Sozialdemokraten am vorigen Sonntag gegen die Ruhrbesetzung protestierten, überfielen die bayerischen Vaterlandspatrioten die für Deutschlands Einheit demonstrierenden Arbeiter, schlugen sie mit ihren Gummiknüppeln nieder und zerrissen mehrfach die Reichsfahne. Und der Abgott unserer Deutschnationalen, der Kaiser der Endenborff, ipfelte auch jetzt noch den Förderer und Beschützer der faschistischen Räuberhorden.

Wenn sich jetzt selbst die reaktionäre bayerische Regierung gegen diese Staats- und reichsgefährliche Putschhorden erklärt, so zeigt das die ganze Schwere der Gefahr Selbstverständlich wird die bayerische Regierung gegen die Faschisten nicht allzu scharf vorgehen, da sie selbst ja aus demselben Holz geschnitten ist. Der deutschnationale „Berl. Volksanzeiger“ meldet daher auch bereits, daß die Lage an Spannung verloren habe. Die Führer der vaterländischen Verbände hätten sich hinter die Regierung gestellt, ebenso die Studentenschaft. Hitler selbst scheint einlenken zu wollen. Man arbeite zurzeit an einer Einigungsformel.

Soll ein Kompromiß würde nur bedeuten, daß den Faschisten noch mehr Einfluß auf die Geschicke Bayerns eingeräumt wird. Die bayerische Arbeiterschaft wird alle ihre Kräfte sammeln müssen, um der faschistischen Durchdringung Bayerns einen Damm entgegenzusetzen.

Das Billionendefizit Deutschlands.

Im Reichstag führte gestern Reichsfinanzminister Permes in seiner Staatsrede aus: Der Reichshaushaltsplan für das Jahr 1923 stehe unter dem Zeichen des furchtbaren Sturzes der Mark. Jeder Vorschlag ist bei seiner Fertigstellung bereits überholt. Der Ausgabebedarf für das Etatsjahr 1923 wird sich unter Berücksichtigung der Besoldungsbesserungen auf rund 3500 Milliarden Mark belaufen. Das Gesamtertrags von Steuern und Zöllen kann unter Berücksichtigung der voranschätzlichen Mehreinnahmen auf 1000—2100 Milliarden geschätzt werden. Im ordentlichen Haushalt der allgemeinen Reichsverwaltung haben wir also das tröstliche Ergebnis eines Fehlbetrages von 1400—1600 Milliarden. Hierzu treten die großen Fehlbeträge bei der Reichspostverwaltung. Der Eisenbahnverwaltung werde es vielleicht gelingen, das Gleichgewicht im Haushalt herzustellen. Der Minister weist aber auf die Preissteigerung aller Bedarfsgegenstände hin und erinnert an den Bezug englischer

Kohle im Werte von 70 Milliarden im Jahre 1922, der durch die deutschen Beschlüssen an Reparationskosten nötig wurde. Infolge der französischen Eingriffe im Ruhrgebiet besteht die Gefahr, daß die Förderung abnimmt und damit ein verstärkter Bezug englischer Kohle notwendig wird. Durch die Ruhrbesetzung ist die im vorigen Jahr bereits seit Jahresende von 1400 Milliarden auf 1800 Milliarden angewachsen. Die Höhe der Förderung des deutschen Finanzwesens durch den Gewaltakt im Ruhrgebiet ist gar nicht abzusehen. Der Versuch der Beschlagnahme der Kohlenfelder und der Zölle im besetzten Gebiet muß von uns bekämpft werden. Es ist eine Sage, daß Deutschland absichtlich seine Währung und seine Finanzen in Unordnung gebracht habe, um sich den Reparationen zu entziehen.

Der Versuch, die erste Goldmilliarde zusammenzubringen, versetzte unterer Währung einen schweren Schlag. Der zweite Schlag war die verhängnisvolle Abrechnung des obersteleffischen Industriegebietes. Der Markwert stieg jedesmal, wenn bei neuen Verhandlungen die Hoffnung auf eine Verständigung über die Reparationsleistungen auflebte. Die Gewalt triumphierte einstmals. Mit dem ewigen Vorwurf des bösen Willens Deutschlands muß jetzt aufgeräumt werden. Die Reparationskommission erklärte in ihrem Bericht vom 21. August 1922 ausdrücklich die vorläufige Zahlungsunfähigkeit Deutschlands und die Notwendigkeit eines längeren Moratoriums an. Gleichzeitig aber stellte Polnars seine verhängnisvollen Forderungen auf. Trotzdem gingen die Verhandlungen über das Moratorium weiter. Unsere vorgelegten Pläne wurden abgewiesen. Die Ruhrbesetzung wurde tatsächlich in einem Augenblick ins Werk gesetzt, wo von einem Verschulden Deutschlands keine Rede sein konnte. Auf diesen Gewaltakt hin stürzte die Mark weiter. Frankreichs Politik verfolgt im Ruhrgebiet überaus viele, bei denen ihr die Leistung vernünftiger Reparationen vollkommen gleichgültig ist. Die erzwungene Anerkennung des Friedensvertrages und die Annahme des Londoner Ultimatus gibt niemandem das Recht zu glauben, daß wir nun in alle Ewigkeit uns der Willkür der Fremdherrschaft beugen.

Der Bürgermeister von Düsseldorf verhaftet.

Der Düsseldorfer Bürgermeister Schmidt, der Stellvertreter des Oberbürgermeisters, ist gestern mittag

von den französischen Besatzungsbehörden verhaftet worden. Die Verhaftung erfolgte im Rathaus, als eine Besprechung der Fraktionsführer der Stadtverordnetenversammlung stattfand. Der Bürgermeister wurde im Kraftwagen weggebracht.

Der Düsseldorfer Regierungspräsident hatte mit dem General Simon eine Unterredung, bei der es um die Verhaftung des Bürgermeisters und des Polizeipräsidenten handelte. Der General erklärte, der Polizeipräsident habe die Schuppe bei der gestrigen Demonstration absichtlich von der Straße gefallen, und nur der Besonnenheit der Besatzungsbehörden sei es zuzuschreiben, daß es nicht zu Blutvergießen kam. Der Regierungspräsident verurteilte das Abhängen verhängender Kleider und die Ermordung von Frauen. Demonstrationen wüßiger Art lasse man sich auf deutscher Seite nicht verbieten. Über die Verhaftung des Bürgermeisters teilte General Simon mit, sie sei erfolgt, weil er entgegen dem Befehl der Besatzungsbehörde eine Anschrift derselben nicht veröffentlicht habe. Dem Regierungspräsidenten wurde mitgeteilt, daß sich die beiden Verhafteten in Düsseldorf befinden und im vor dem französischen Gericht zu verantworten hätten.

Die Reparationskommission beschließt.

Die Reparationskommission entschied gegen die Stimme des englischen Vertreters, daß durch die deutsche Note über die Einstellung der Schlichterungen an Frankreich und Belgien das deutsche Moratoriumsgebot hinwiegend geworden sei. Infolgedessen werde der Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 wieder in Kraft treten. Hiermit wurde ein Beschluß über die allgemeine Verletzung Deutschlands hinsichtlich seiner Reparationsverpflichtungen gegenüber Frankreich und Belgien gefaßt. Die Kommission hat sofort ein Schreiben an die deutsche Regierung mit der Mitteilung über die beiden Beschlüsse abgefaßt.

Die Lausanner Konferenz vor dem Abbruch

Johannes Valsch erklärte gestern abend, daß, falls Lord Curzon, wie angekündigt, die Konferenz verlasse, er ebenfalls mit der britischen Delegation sofort abreisen werde. Er werde sich nach Angola begeben und in Lausanne, wie die Alliierten, nur einen Vertreter zurücklassen.

Der Kampf um Kohle und Erz.

Zwischen Weier und Maas flirrt die Erde die mächtigen Kohlenflöze und die reichsten Eisenerzlager des europäischen Festlandes. Im Norden und im Süden ist diese Schatzkammer der europäischen Industrie durch gewaltige Kohlenflöze begrenzt. Im Norden sind es vor allem die mächtigen Flöze der Ruhrkohlenberge, die westlich vom Rhein unterbrochen, rings um Aachen wieder aufsteigen und sich über Euphrat und Charleroi in das Becken von Valenciennes fortsetzen.

Drei Staaten — Deutschland, Belgien und Frankreich — haben diese mächtigen Kohlenlager des Festlandes untereinander geteilt. Im Süden, an der Saar, stehen weit weniger ausgedehnte, aber gleichfalls gewaltige Kohlenflöze dem großen nördlichen Kohlenberg parallel. Zwischen den beiden Kohlenlagerstätten aber liegen die wertvollsten Eisenerze im Boden. Sie stehen in südwestlicher Richtung durch das Mosbrunngebirge und den Bellerwald zur Ruhr. Sie liegen sich westlich des Rheins in drei Absätzen fort: im Norden bei der Saar, in der Mitte in den ausgedehnten mächtigen Bagerbäcken Luxemburgs, im Süden in den Mitteltegelern Lothringens. Auch diese Eisenerzlager sind zwischen drei Staaten, zwischen Deutschland, Luxemburg und Frankreich geteilt.

Die Tatsache, daß Kohle und Eisen, die beiden Bodenschätze, auf denen die moderne Großindustrie beruht, in diesem Gebiet in so mächtigen Lagern und so hart aneinander liegen, hat diesen Raum zum gewaltigsten Industriegebiet des europäischen Festlandes gemacht.

Seit uralten Zeiten kämpften Deutsche und Franzosen um diesen Boden. Von den Kämpfen der Franken mit Alemannen und Sachsen, von den Kämpfen des Herzogs des karolingischen Lothringens an hat immer wieder dieser Boden Ströme von Blut getrunken, die im Streit um diese Länder vergossen worden sind. Zeitweilig beherrschte die deutsche Königsgeometrie ihre Macht in französisches Gebiet hinein bis Toul und Verdun. Zeitweilig beherrschte das französische Herrschaftstief in deutsches Gebiet bis zum Rhein und über den Rhein herüber.

Dem uralten Kampf um Raum und Herrschaft und Grenzen hat der moderne Kapitalismus neuen Schärfe gegeben. Im Reichthum der Natur ist der Kampf um die Grenzen in diesem Raume zum Kampf um die Herrschaft über die Kohle und über das Erz geworden.

Auf die reichen Kohlenlager an der Ruhr und an der Saar, auf die Eisenerzlager Lothringens und Luxemburgs geküßt, hat sich seit 1870 in diesem Raume die

mächtige deutsche Schwerindustrie

entwickelt. Die Erschließung des Thomasverfahrens, die die phosphorreichen Mitteltegel erst verwertbar machte, gab dieser Entwicklung unerhörte Macht. In wenigen Jahren wurden hier Millionenbetriebe empor. Ein neuer Industrieboom hielt die aus ganz Deutschland unter dem Kommando der Schwerindustrie vereinigten Arbeitermassen in

eiserner Fucht. Die deutsche Arbeitskraft genügt dem schnellen Wachstum der Rammunterriebe nicht mehr: Polen, Italiener, Belgier strömen in den schnell wachsenden Industriezentren auf.

Die Herren dieser gewaltigen Industrie, in mächtigen Verbänden, vor allem dem Rheinisch-westfälischen Kohlenbund und dem Deutschen Stahlwerksverband, vereinigt wurden zu den mächtigen Kapitalisten des europäischen Festlandes. Mit den Junkern verbündet, beherrschten sie das Reich. Ihr schneller Aufstieg, ihre gewaltige Macht hatten ihr Selbstbewußtsein, ihren Herrenhals, ihren Eroberungstrieb mächtig gesteigert. Sie wurden zu Feinden des deutschen Imperialismus. Deutschlands Meer- und Flottenrüstungen haben ihren Bedürfnissen nicht mehr genügt. Deutschlands Weltpolitik setzte sich zum Ziel, einen Eisenerze in Marokko, Eisenbahnbaueisen in der Türkei, Kohlenlager in Schantung zu erobern. Es war ihr Geist, der Deutschland der Welt verfeindete; war ihre Politik, die

Deutschland in den Krieg riefte.

Der Krieg selbst aber hob ihre Macht zur höchsten Stufe. Für Werke schufen Deutschlands Rüstung. Sie lieferten dem deutschen Heere die Riesengeschütze, den deutschen Offizieren den furchtbaren Eisenhagel, der im Kommissariat im Osten und Westen immer wieder die Front des Gegners überschüttete, der deutschen Flotte die U-Boote.

Und sie, die Herrscher des Krieges, gaben dem Krieg auch sein Ziel. Die sehr sie es ihm gaben, haben wir während des Krieges gesucht, aber erst die Entschlüssen der Nachkriegszeit haben es ganz offenbart. Heute wissen wir, daß die Mittelmächte, als sie im Dezember 1915 ihr erstes Friedensangebot machten, die Annexion der Eisenerzlager französischer Lothringens unter ihre Bedingungen aufnahmen haben; kein Friede, wenn nicht die Eisenerze von Lothringen und Eisen unter die Herrschaft der deutschen Schwerindustrie fallen. Heute wissen wir, daß noch 1917 Michaelis, ja selbst 1918, wenige Monate vor Deutschlands Zusammenbruch, die im Endenborff zum mündlichen die Verwahrung der Kohlenlager von Euphrat und der Eisenerzstätten französischer Lothringens an die deutsche Schwerindustrie an den Bedingungen stellten, ohne deren Erfüllung Deutschland nicht Frieden schließen dürfte.

Das war der Sinn des Krieges: den ganzen weiten Raum in dem Kohle und Erz im Boden liegen, ohne Rücksicht darauf, wo Deutsche, Franzosen, Polen wohnen, in den deutschen Machtbereich einzuverleiben, unter die Herrschaft der deutschen Schwerindustrie zu bringen.

Der Krieg endete mit Deutschlands Niederlage. Und mit einem Schlag verdrängten die kämpfenden Mächte die Rollen. Nun übernahmen die Herren der großen Eisenindustrie Frankreichs, die Herren vom Comptoir de Pauw, die Rolle, die bisher die deutsche Schwerindustrie gespielt. Sie hatten bisher an Macht und Ruhm hinter ihren deut-

Auf der Rathhäuser Thor lag nicht es heimwärts. Bei
 Rathenow hält der Wagon ab. Das wollen sich mei-
 nerer anzuhe machen, die Holz und Stroh auf einem
 schiffen heimwärts schaffen. Aber das Steuern auf diesen
 Frachtfahrern nicht auf und so versucht der
 schiffen die Augenblicke mit den schiffen und dem
 haben in andere Verhältnisse zu kommen. Nur durch
 ehemalige rechtliches Abfinden der die Holz-
 fahrer vor unheimlichen Verhältnissen zu stehen.

Zwischen den Verhältnissen werden die Verhältnisse von
 manns und Schiffsfahrern. Der Tag verdammt bereits.
 A mir wieder die Stadt erreichen. Er ist Satyr.

Die hohen Fleischpreise.

Konzessionierung des Viehhandels.

Die Aussprache über die unerhörten Preiserhöhungen für Fleisch und Fleischwaren wurde in der gestrigen Volkskammer fortgeführt. Auch von bäuerlichen Mitgliedern wurden scharfe Worte gegen diese Auswüchse gebraucht, ob aber dementsprechende Taten folgen werden, ist doch sehr fraglich. Beachtenswert waren die Ausführungen des Abg. Nos über die wirtschaftlichen Folgen des Lebensmittelwunders. Nur die Deutschnationalen hielten sich schweigend vor die Preistreiber. Der deutschnationale Abg. Dörfling vertrat gegen den Standpunkt, daß die Lebensmittelpreise noch viel höher sein müßten! Insbesondere seien die Kartoffelpreise viel zu niedrig! Derartige Ausführungen müssen wie Pfeilschüsse auf die hungernde Bevölkerung wirken und selbst dem Eingeschlachtenen klar machen, wo die Feinde des Volkes liegen. Die gestrige Aussprache wurde eröffnet durch den Abg. Dr. Expiß (Dt. V.), der eine Woche lang seine Fraktion betriebl. Diskussion und Viehhandels durch die Herdbuchgesellschaft begründete. Er wies darauf hin, daß von Woche zu Woche die Fleischpreise inhomatell erhöht werden, selbst in einer Zeit, als der Dollar fiel, so daß das Fleisch heute das 1000—5000fache des Friedenspreises kostet. Es sei nicht zu verstehen, daß Milch an Vieh verfüttert werde, während Säuglinge sich täglich mit 1/4 Liter Milch beschäftigen müssen. (Wiederholte der Deutschnationalen!) Der Senat möge der Preissteigerung einen Riegel vorschieben und die Ausfuhr von Vieh verbieten.

Senator Nowelowski erklärte, daß der Senat bereits prüfe, ob die letzten Vieh- und Fleischpreise berechtigt seien. Das dauernde Steigen der Fleischpreise sei auf Wachstums- und unzulässiger Elemente unter den Viehhändlern zurückzuführen. Deshalb solle der Viehhandel konzeffioniert werden. Die Funktionen der Herdbuchgesellschaft wären auf die Viehversorgung ohne Einfluß, denn es dürften jährlich nur 700 Tiere ausgeführt werden. Der Preis für einen Rind von 74 000 Mark läßt sich sehen. Der sozialdemokratische Gesetzentwurf, der jede Viehexporte verbieten will, ist nicht durchführbar, da die Ausfuhr nach Polen nicht verboten werden könne. Danach sei auf die Zufuhr von kommerziellen Schlachtkörpern abgesehen. In den letzten 6 Wochen seien auf dem Schlachthof geschlachtet worden: Rinder: aus dem Freistaat 988, aus Polen 1188; Kälber: aus dem Freistaat 243, aus Polen 157; Schafe: aus dem Freistaat 142, aus Polen 208; Schweine: aus dem Freistaat 1938, aus Polen 1700. Um die Einfuhr von Fleisch aus Kommerzien an erleichtern, seien die Einfuhrbestimmungen gemildert worden.

Noch zu billia!

Abg. Dörfling (Dnt.) bekräftigt selbstverständlich die Schuld der Landwirte an den Preissteigerungen und bezieht sich auf die polnischen Fleischpreise. Die schlechte Milchverfälschung sei auf die falsche Politik des Freistaats zurückzuführen. (Lautst. links: Die Rechte macht doch die Politik!) Die Milchpreise habe man viel zu niedrig gehalten! Ebenso den Pöschpreis für Butter! Am Morgenpreis gemessen, seien auch die Kartoffeln sehr billig! Der sozialdemokratische Gesetzentwurf lehnte der Redner natürlich ab.

Danziger Vieh nach dem Ausland.

Abg. Gen. Wehl wies die Behauptung, daß die im Freistaat erkannten Lebensmittel noch zu billig seien, scharf zurück. Der überwiegende Teil der Bevölkerung sei mit Recht der Meinung, daß die Preise zu hoch sind. Trotz Ausgabe für Bahnfahrten könne man Fleisch in Kommerzien billig einkaufen. Gegenüber der Behauptung des Tierärztendirektors Dr. Müller, stelte Gen. Wehl unter Vorlegung des Katalogs fest, daß bei der letzten Herdbuchauktion 400 Rinder zum Verkauf und zur Ausfuhr freigegeben waren. Den höchsten Interessenten war es unmöglich, Vieh einzukaufen. Es ging nach Holland und der Tschechoslowakei, nicht als Vieh, sondern als Schlachtkörper. Selbst wenn man im Interesse der Rucht Vieh zur Ausfuhr freigebe, dann müsse aber das alte Quantum Schlachtkörper wieder eingeführt werden. In der Bevölkerung herrsche großer Unwille gegen die Viehauktionen. Eine Besserung in der Fleischversorgung kann nur eintreten, wenn diese gänzlich verboten werden. Es werde behauptet, daß die nächste Herdbuchauktion in Dirichau stattfinden solle. Weiter wünschte Redner Auskunft, wie hoch die Abfuhrabgabe für das Vieh ist.

In der vorletzten Sitzung hatte Senator Dr. Eichert auf einen Zwischenruf des Gen. Wehl, daß bei den letzten Preissteigerungen ein Drittel der Bevölkerung verhungere, geantwortet: Auch das ist nicht so schlimm! Gen. Wehl brandmarkte dieses Verhalten des Senators mit scharfen Worten.

Senator Nowelowski antwortete: daß die Vieh- und Herdbuchauktionen nach Dirichau zu verlegen, nicht befähige. Hinsichtlich der Ausfuhrabgabe habe bisher eine billige, wenn auch geringfügige Abgabe von 10 Prozent erhoben worden, was nach einer gemeinsamen Abgabe von 2 Prozent erhoben werden sei. Nicht hohe aber Deutschland aus Gründen politischer Natur eine Ausfuhrabgabe von 10 Prozent verlangt. Wenn Deutschland auf diesem Standpunkt bleibe, dann werde auch Danzig die Ausfuhrabgabe auf 10 Prozent erhöhen. Bei Ausfuhr nach anderen Ländern sei bisher eine Abgabe von 6 Prozent erhoben worden.

Die letzten Fleischkäufe.

Abg. Gollmann (Dt. V.) betonte, daß unter der Regierung Verdruss auch Vieh ausgeführt werde, das diese Regierung gar nicht verhe. Die Altersgrenze für das zur Ausfuhr freigegebene Vieh müsse auf acht Jahre herabgesetzt werden und Tiere mit Fehlern dürften auf den Auktionen überhaupt nicht zum Verkauf kommen. Es sei unheimlich, daß viel Vieh verfaulend werde. Es seien auch viel mehr als 700 Rinder im letzten Jahre über die Grenze gegangen. Als er Einsicht in die Affäre habe nehmen wollen, sei ihm das verweigert worden. Die dauernde Preissteigerung sei in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Viehpreise die Schlachtkörperpreise zu fordern, obwohl in diesen schon die Schlachtkörperpreise enthalten sind. Auf diese Weise steigen die Preise von Woche zu Woche. Auch sei es Tatsache, daß viele Viehhändler im Erdboden ständen. Die Viehpreise hätten sehr Interesse an den hohen Fleischpreisen, denn die Fleischpreise hätten sehr. Auf einen Zwischenruf erklärte Herr Gollmann, der selbst Vieh sei, daß bei einem Viehpreis von 2000 Mark der Fleischpreis auf 4000 Mark nicht zu hoch sei!

Senator Dr. Eichert versuchte, den ablehnen Eindruck seiner Bemerkung zu verwischen und erklärte, daß seine Worte einen anderen Sinn gehabt hätten. (Widerpruch links.) Vizepräsident Dr. Niehm glaubte die Vollbeamten in Schuss nehmen zu müssen, denn die unerlaubte Viehexporte sei nur möglich, wenn die Vollbeamten pflichtvergessen handelten. Der Senator scheint nicht zu wissen, daß es auch andere Wege gibt. Abg. Gollmann (A.) wünschte, daß die vom Senator Nowelowski angekündigten Maßnahmen bald durchgeführt werden.

Abg. Schmidt erklärte, daß auch die Viehpreise an den Preissteigerungen nicht ganz unschuldig sind.

Abg. Nos betonte, daß die dauernden, an sich berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer, dahin gestellt haben, daß Danzig Konkurrenzfähigkeit nicht verliert. In Deutschland hat heute schon eine große Arbeitslosigkeit Platz gegriffen, obwohl die deutsche Industrie unter erheblichen ungünstigen Bedingungen arbeiten kann als die Danziger. Und wenn in Danzig die Löhne noch um 30 bis 40 Prozent höher sind als in Deutschland, dann wird jede Konkurrenzfähigkeit unmöglich. Die Folge wird eine große Arbeitslosigkeit sein. Es wird nicht mehr ausreichen, wenn die Löhne so weit herabgesetzt werden. Wenn so fortgefahren wird, dann muß das Danziger Wirtschaftsleben zusammenbrechen. Es muß der Wirtschaftsausschuss eventuell mit parlamentarischer Hilfe in der Lage sein, sich gegen die unkontrollierten Preissteigerungen zu wehren.

Abg. Gen. Wehl stimmte den Ausführungen des Vordrängers zu. Die Viehpreise haben gegen die mangelnde Ausbeutung angeklagt. Die Rechte habe sich dem jedoch nicht widersetzt. Die Lohnbedingungen sind nicht schon nach einigen Tagen überholt. Wenn die Preissteigerungen so weitergehen, müsse eine Arbeitslosigkeit eintreten, die zu Folgerungen führen könnte, die den Bestand des Freistaats in Frage stellen.

Abg. Schmidt (A.) glaubte nicht, daß die Vorschläge des Abg. Nos vom deutschnationalen Senat durchgeführt werden.

Nach Ansicht des Abg. Brückner ist die Landwirtschaft vollständig unzulässig an der Forderung. Nur durch Einführung einer Obligation können die Verhältnisse gebessert werden. Abg. Nos trat dafür ein, daß die Währungsfrage gründlich geprüft werde. Nach der Abg. Hahn (A.) ist der Meinung, daß eine Besserung der Verhältnisse nur durch eine Währungsänderung erzielt werden kann.

Die Aussprache war damit geschlossen. Es lag der Antrag vor, den sozialdemokratischen Gesetzentwurf und die Große Anfrage der Deutschen Partei dem Wirtschaftsausschuss zu übermitteln, der auch angenommen wurde. Für den Antrag stimmten die Linke und die Deutsche Partei. Gegen den Antrag stimmten die Deutschnationalen und die Zentrumspartei. Die übrigen Zentrumsabgeordneten enthielten sich der Stimme.

Eine Aussprache wurden dann dem Ausschuss überwiesen: Die sozialdemokratischen Gesetzentwürfe betr. Bewilligung von 100 Millionen Mark zur Sicherung der Not, der Antrag Gebauer betr. Sonderzuschüsse zu den Renten der Kriegsbeschädigten und der sozialdemokratischen Gesetzentwurf betr. Konsummaßnahmen zur Unterstützung von Rentnern. Endgültig beschlossen wurde die Einführung des deutschen Reichsversorgungsgesetzes und die Einführung des deutschen Alimentengesetzes. Das Gesetz betr. das Verfahren in Versorgungssachen wurde in 2. Lesung angenommen.

Gegen 8 Uhr wurde die Sitzung geschlossen und der Rest der Tagesordnung vertagt.

Der Brotwucher in Danzig.

Ueber die von uns berichteten eigenartigen Vorgänge — um nicht zu sagen Schiebung — bei der letzten gewaltigen Brotpreissteigerung haben sich Ernährungsamt und Senat bis zur Stunde vollständig ausgeglichen. Keine Antwort ist nach dem Volksmunde aber auch eine Antwort, und so bestätigt das Stillschweigen der verantwortlichen Stellen, daß die letzte Brotpreissteigerung tatsächlich unter besonders eigenartigen Umständen ge — macht worden ist. Daß man den Brotpreis in Danzig durch allerlei Manöver künstlich in die Höhe treibt, zeigt aber auch ein Vergleich mit den Preisen im Reich. Während wir bereits seit mehreren Tagen den erhöhten Preis von 600 Mark pro Kilogramm zahlen müssen, ist in Berlin — das wohl als die erste Stadt im Reich bezeichnet werden kann — der Brotpreis erst gestern auf 606 Mark für das 1000 Gramm Brot erhöht. Wir zahlen jetzt also beinahe das Doppelte des höchsten Preises im Reich. Dieser Unterschied ist umso unverhältnißmäßiger, als wir das etwa erforderliche Auslandsgetreide mit der gleichen deutschen Mark einkaufen wie das Reich. Wenn der Senat dem Volkstag erwiderte, daß sich das Reich früher bei einem niedrigeren Dollarkurs eingedeckelt habe, so ist das nicht zureichend, da das Reich noch laufend Getreide einkauft, und es ist auch keine ausreichende Erklärung des letzten hohen Brotpreises. Die Schuld liegt vielmehr bei unsern wuchererischen Agrariern, die das Umlagegetreide zurückhalten und so den Freistaat zwingen, obwohl noch Auslandsvorräte vorhanden sind, ausländisches Getreide aufzukaufen. Diese Sabotage der Landwirtschaft ist die eigentliche Ursache des Danziger Brotpreises für Brot. Der Vergleich mit den Berliner Preisen läßt die deutschnationale agrarische Regierungsschande erst in ihrer vollen Blüte erkennen.

Zu allem Ueberflus will der Senat jetzt seinen lieben Agrariern auch noch die Preise des Umlagegetreides für das zweite Drittel erhöhen, obwohl sie bisher überhaupt nur 8—10 Proz. der Umlagemenge, die bis 1. Februar zur Ablieferung kommen mußte, abgeführt haben. Die bisherigen Preise sollen verdreifacht werden, und zwar für Roggen auf 185 000 Mark, Weizen 180 000 Mark und Gerste 140 000 Mark pro Tonne. Da der Wirtschaftsausschuss, infolge der sozialdemokratischen Weigerung, die diesbezügliche Verordnung des Senats wegen ihrer Ungefährlichkeit, nicht verabschiedet hat, soll die Sache jetzt durch einen Gesetzentwurf geregelt werden. In diesem fordert der Senat auch freie Hand, um die Preise für das dritte Drittel der Umlage entsprechend der Geldentwertung zu erhöhen. Zur Begründung seiner Vorlage weist der Senat auf Deutschland hin. Weil dort die Preise erhöht sind, müssen sie auch hier erhöht werden. Auf eine deutlichere Formel gebracht, heißt das: weil die Agrarier im Reich Brotpreise aus der Bevölkerung herauspressen, muß auch die Danziger Landwirtschaft in der Auswucherung heftig unterstützt werden. Die Agrarier schänden aus ihren freien Produkten so ungeheure Brotpreise heraus, daß es nur ein kleiner Akt ausgleichender Gerechtigkeit wäre, wenn sie die

notleidende Bevölkerung wenigstens das Brot, als wichtigstes Nahrungsmittel zu erschwinglichen Preisen liefern würden. Aber dazu sind unsere deutschnationalen Agrarier zu patriotisch! Es soll aber trotzdem immer noch Leute geben, die an den deutschnationalen Volksbeglückungswunder glauben.

Obwohl das Brot immer teurer wird, ist es in letzter Zeit wieder fast unverdaulich. Das Ernährungsamt hätte aber durch die Sorge um die ausreichende Steigerung des Brotpreises so in Anspruch genommen sein, daß es keine Zeit findet, sich um die traurige Beschaffenheit des wichtigen Nahrungsmittels zu kümmern.

Der Wucher auf dem Wochenmarkt.

Stürme brausen durch unsere alten Gassen, auf Sturm deutet auch die Stimmung der Bevölkerung. Es gibt kein Kaufmänn. Täglich steigen die Preise weiter in die Höhe. Für ein Pfund Schmalz werden schon 4000 Mark gefordert. Ein Pfund Schweinefleisch kostet 3500 bis 4000 Mark. Ein Pfund Rindfleisch kostet 3000 bis 3500 Mark. Butter kostet auch 3000 bis 4000 Mark pro Pfund. Eine Mandel Eier soll 2500 bis 2700 Mark bringen; geräucherter Schinken pro Pfund 3500 Mark. Rot- und Weißbrot preisen das Pfund 200 Mark. Ein Bündchen Suppengrün kostet 80 Mark. Rote Rüben, Mohrrüben und Erbsen schwanken im Preise zwischen 20 und 60 Mark für das Pfund. Rosenkohl kostet 300 bis 600 Mark das Pfund. Kohlschiffel gibt es zu 60 Mark das Pfund und sogenannte Tafelspitz zu 150 bis 300 Mark. Eine Zitronen kostet 180 und 200 Mark.

Auf dem Fischmarkt sind heute nur Haiebreitlinge zu haben, das Pfund zu 500 Mark. Eine Gänsebrat hat frische Breitlinge zu verkaufen, das Pfund kostet 300 Mark und trotzdem sind die Haiebreitlinge schnell vergriffen. Ein Salzbraten kostet 300 Mark. Ein Pfund Kartoffeln kostet 35 Mark. Und wer weiß, welche tollen Erhöhungen die Viehpreise noch zu machen haben. Ein Ende ist noch nicht abzusehen. Unsere Brüder in Deutschland sind besser daran als wir, denn sie sehen wenigstens, daß man dem Wucherer nicht zu Hilfe geht, während er in dem deutschnationalen Ordnungs-Freistaat noch bedürftig gestützt wird. Die Neuwahl des Volkskammer muß eine furchtbare Abrechnung mit diesen „nationalen“ Volksausbeutern werden.

Rettung zweier loßgerissener Seelichter.

Der Schipper „Alba“, ein kleines Fahrzeug, war mit den Seelichtern „Alba“ und „Stargis“ mit Kohlen unterwegs von Gdansk nach Königsberg, als die Fahrzeuge vom schweren Sturm überfallen wurden. Die beiden Seelichter wurden auf der Höhe von Rixhöft von ihrem Schipper losgerissen. Er konnte ihnen keine Hilfe leisten, da er selbst in die größte Gefahr geriet und Danzig als Nothafen anlaufen mußte. Der Seelichter „Stargis“ wurde von dem Dampfer „Hübner“ bei schwerem Wetter aufgefunden und nach Danzig gebracht. Schipper der „Weißer“ und der Firma Sieg u. Co. ließen darauf sofort aus, konnten aber den zweiten Leichter nicht finden. Mittlerweile wird uns gemeldet, daß der Bismarck Dampfer der Leichter „Alba“ geborgen und ihn nach Pillau geschleppt hat.

Die Eifersuchtstragödie auf Petershagen.

Am Tage der Tat, am 19. Juli, verließ Komowski morgens bald nach 8 Uhr seine Wohnung, nachdem er einen geliebten Revolver zu sich geschleppt hatte. Er hielt sich darauf in der Grenadiergasse an einen Punkt der Straße, von dem aus er genau sehen konnte, wenn die Bewandnits, um Befragungen zu machen, über eine der dort befindlichen Stadttore brachen kam. Dieses geschah etwa gegen 9 Uhr morgens. Die Bewandnits betrat den Hof eines Kolonialwarenhändlers, in den ihr Komowski folgte. Er trat mit erhobener Waffe auf das Mädchen zu, das in den hinteren Raum des Ladens zu fliehen versuchte. In diesem Augenblick gab Komowski einen Schuß auf die Bewandnits ab, der sie tödlich verwundete. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstarb sie. Komowski ergriff zunächst die Flucht, stellte sich dann aber am nächsten Tage selbst der Polizei.

Die der Verhandlung als Sachverständige beizutretenden Ärzte, darunter auch der Leiter der Frauenklinik zu Lauenburg, gaben ihr Gutachten über den geistigen Zustand Komowskis dahin ab, daß er wohl ein geistig unentwickelter Mensch sei, dessen Fassungsvermögen durch Trunk und den erlittenen Eisenbahnunfall etwas beeinträchtigt ist. Der 3. Akt des St.G.G. wurde auf ihn jedoch in keiner Weise Anwendung. Der Staatsanwalt sah in seinem Wädner davon ab, die Anklage des Mordes aufrecht zu erhalten, und beantragte, er wegen Totschlags schuldig zu sprechen. Der Spruch der Geschworenen lautete auf Totschlag, die Frage, ob mildernde Umstände vorhanden seien, wurde verneint. Der Gerichtshof verurteilte Komowski darauf zu der niedrigsten für eine solche Tat vorgesehenen Strafe, nämlich zu 5 Jahren Zuchthaus, wovon sechs Monate auf die erlittene Unterdrückung angerechnet werden. Der Angeklagte nahm des Urteils ruhig an und erklärte, von dem Rechtsmittel der Revision seinen Gebrauch machen zu wollen.

Plagiat in Neustadt. Die Kasse der Schutzpolizei spielt am Sonntag, den 28. d. Mts., von 11 1/2 Uhr mittags ab auf dem Marktplatz Neustadt.

Standesamt vom 27. Januar 1923.

Todesfälle. Erb. Joseph Storkow, 59 J. 9 Mon. — Witwe Karoline Schoenke geb. Rüd., 83 J. 9 Mon. — Schmiedemeister Wilhelm Engelhardt, 44 J. 10 Mon. — Witwe Marie Reichen geb. Rurawski, 68 J. 9 Mon. — Bundes-Bureauoberinspektor Alexander Reue, 68 J. — Witwe Vertha Dombrowski geb. Plag, 76 J. — Witwe Marie Steinhil geb. Röhre, 69 J. 9 Mon. — Rentnemessinger Wilhelm Rüd., 78 J.

Devisenkurs.

(Schlußkurs um 12 Uhr mittags.)

	27. Januar	26. Januar
1 Dollar	27 000.—	22 000.—
1 polnische Mark	0.89	0.74—0.75
1 Pfund Sterling	125 000.—	102 500.—
1 holländische Gulden	16 000.—	8 700.—
1 norwegische Krone	5 500.—	4 100.—
1 dänische Krone	5 300.—	4 320.—
1 schwedische Krone	7 200.—	5 900.—
1 italienische Lire	1 300.—	1 600.—
1 französischer Frank	1 720.—	1 430.—
1 Schweizer Frank	8 000.—	4 110.—

Amtliche Kursnotierungen vom 26. Januar 1923. Dollar: Geld 33 940, Brief 34 000; Wolfram: Geld 75.31, Brief 75.80; engl. Pfund: Geld 106 727.50, Brief 109 722.50.

banne; schämte! am Tage bekam er einen „Niesen“ an den Napi gerichtet, aber nun wollte er sie gerade mal überleben. Er beschloß, zunächst den Mund zu halten und zu warten.

Danziger Nachrichten.

Das Versagen der Justiz gegen den Wucher.

Das Gericht als anführendes Organ der Handelskammer?

Während man im Reich unter der Foll von außen langsam einzuschleichen beginnt, daß es nicht zu verantworten ist, das Volk weiter so schamlos auszuwuchern zu lassen und ein solches Vorgehen gegen den Wucher in jeder Hinsicht allen Wehrden empfohlen wird, verlagert sich und alle Beschwerden. Zunächst unter samole Senat. Er spannt immer zwei Pferde an den Wagen, eins vorne, das andere hinten. Den Gemeindeführer sagte er scherzhaft zu, die Marktpreisverordnung aufzuheben, damit der Wucher endlich von den Strafbehörden verfolgt werden könne. Trotzdem ließ er es aber zu, daß diese Marktpreisverordnung beibehalten wurde, und empfahl den Strafbehörden trotzdem ein solches Vorgehen gegen den Wucher. Wie unsere Justiz aber dabei fast vollständig verlagert, zeigt die Schöffengerichtsverhandlung gegen Winter und Benken. Wenn eine Wucherklage mit so wenig Sachverständnis und Verachtung der Allgemeinheit gegen den Wucher durchgeführt wird, dann muß der Wucher weiter flühen und gedeihen.

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß es ein unumgänglicher Zustand ist, wenn man den Wucher zum Wucher macht, das heißt hier, wenn man als Sachverständiger nur Interessenten beruft, anstatt auch die Gemeindeführer, die Konsumenten, zu hören. Das Gericht und die Marktschlichter haben es durchaus in der Hand, sich die richtigen Sachverständigen ausfinden, von denen sie glauben, daß sie sachkundig sind. Aber obwohl in dieser Sache das Gericht einen Verbraucher Sachverständigen geladen hatte, konnte es überraschenderweise keine Vernehmung ab. Besonders merkwürdig war auch die Begründung dafür. Weil in dem Antrag der Verbraucher Kammer auf Zahlung eines Verbraucher erklärt wurde, daß die Verbraucher Kammer großes Interesse an einer grundsätzlichen Entscheidung dieser Wucherklage nimmt, nämlich die Entscheidung über die Anwendung der Marktpreisverordnung und die Berechnung des angemessenen Preises, erklärte man den Verbraucher Sachverständigen als belanglos. Das ist ein Stück des Wuchers. Mit viel größerem Recht müßten der Amtsanwalt und das Gericht den Kaufmann Sachverständigen wegen Verlangenheit ablehnen, da er doch an einer möglichst hohen Preisberechnung ein Interesse hat und somit belanglos ist gegenüber der Angeklagten. Und das gleiche würde auch für die Handelskammer gelten, die sich wiederholt und mit unzureichenden Gründen für die Beibehaltung der Marktpreisverordnung erklärt hat. Aber der Verbraucher ist den Herrschaften eben un bequem, und darum wird er mundtot gemacht.

Wenn das Gericht dann gar noch erklärt, daß ein Gutachten der Handelskammer und eines kaufmännischen Sachverständigen für das Gericht überhaupt nicht erforderlich werden könne, so ist das eine unbedingte einseitige Festlegung zugunsten des Wuchers. Das bedeutet die Verleumdung der Unschicklichkeit dieser Stellen und der Unberechenbarkeit des Gerichts. Dann könnte man das Wuchergericht ja einfacher gleich der Handelskammer übertragen. Ein Gericht, das sich so seiner Pflicht entzieht, die Güter selbstständig zu prüfen, kann überhaupt nicht ernst genommen werden.

Was sowohl der Vorstands als auch der kaufmännische Sachverständige und die Handelskammer über den Begriff einer Marktlage gesagt haben, ist durchaus unzureichend und vollkommen einseitig im Interesse des Wuchers. Kein höheres Gericht kann sich mit dieser Begriffsbestimmung zufrieden geben. Unzulänglich ist auch die Bestimmung des Marktpreises nach den Zahlen der Großhandels, da diese der Preisentwicklung stets weit vorausliegen. Auch der Kleinhandelsgewinn von 25 oder gar von 30 bis 33 Prozent, wie ihn die Handelskammer als Höchstmaß bezeichnet, ist zu hoch. Einer der Angeklagten sagte selber, daß er sich bei dem Verkauf der Champignons mit dem Aufschlag von 10 bis 15 Prozent begnügt habe. Die Handelskammer sucht also die Kleinhandler zu ermuntern, den Aufschlag zu erhöhen. Diese Erhöhung des Aufschlags ist um so mehr unbedeutend, wenn außerdem die Geldentwertung in Anrechnung gebracht worden ist, was in diesem Falle ja geschehen sollte. Unzureichend war auch die Behauptung des kaufmännischen Sachverständigen, daß die Geldentwertung seit Herbst 21 bis April 22 um das 4fache ausgenommen habe. Die Zenerungszahl betrug vielmehr im Juli 21 das 10fache der Vorkriegszeit, im November das 13,5fache und im April 22 das 25,5fache, also erheblich weniger als das 4fache.

Während der Amtsanwalt wenigstens entwürfende Geldstrafen beantragte, ließ sich das Gericht vollkommen von dem Gutachten der Handelskammer leiten und sprach die Angeklagten frei. Dieser Freispruch ist nur auf die einseitige Interessenauffassung des Gerichts und auf den Mangel an Sachkenntnis über den Begriff der Marktlage, des Marktpreises und der Berechnung des angemessenen Preises zurückzuführen. Während am Vorlage die Strafkammer sich in der Sache gegen eine Mißhandlung wegen Wuchers mit Wuchr auf den Standpunkt stellte, daß in Danzig infolge der zahlreichen einkaufenden Ausländer keine Marktlage besteht, hat das Schöffengericht wiederum das Bestehen einer Marktlage angenommen. Dieser Widerspruch hat seinen Ursprung in der unklaren Marktpreisverordnung. Die Ansicht des Urtes überantwortet sein müßte. Um dem Wucher endlich ein Ende zu setzen, sollte man den jetzt vorliegenden klaren Richtlinien des Reichsgerichts folgen und die Angeklagten eines Freieschusses im einzelnen unter Berücksichtigung der Geldentwertung prüfen. Vorbedingung für die objektive Entscheidung wäre aber, daß sich die Gerichte nicht von vornherein zu Schlingern jeden Preiswunders erklären, wie es in der Sache Winter leider der Fall war. Ein Gericht, das von einem Händler als glaubwürdig annimmt, daß er 800 Büchsen Konjerven für seinen eigenen Haushalt verwenden wollte, hat sich von vornherein die Unfähigkeit in der Wucherbekämpfung bescheinigt. Das würde Stück in jedem, daß es ein Gericht fertig bekommt, daß vor den Karren der Handelskammer zu spannen. Ist es schon ein trauriger Zustand, daß der Senat sich oft nur als besserer Hausdiener der Handelskammer ausführt, so ist es für unser Rechtswesen geradezu verurteilend, daß ein Gericht das Wuchergericht dieser Interessentenvertretung zum unumgänglichen Selbsttum erklärt und jedem, der sachlich eine andere Auffassung vertreten will, wegen „Belanglosigkeit“ den Mund verbietet. Diese auffallend enge Interessentenvertretung von Handelskammer, Senat und Justiz gibt wohl die beste Erklärung dafür, weshalb wir im Reich in der Wucherbekämpfung nicht vorwärts kommen und der wilde Tanz und goldene Kalb immer tollere Formen annimmt. Es scheint wirklich manches faul zu sein im Staate Dänemark!

Polizeibeamte auf Kündigung. Gemäß Artikel 92 der Verfassung der Freien Stadt Danzig werden die Beamten auf Lebenszeit angestellt, soweit nicht durch die Verfassung oder durch ein Gesetz etwas anderes bestimmt ist. Die besonderen Verhältnisse bei der Polizei machen es erforderlich, die Mehrzahl der Polizeibeamten grundsätzlich zunächst nur auf Zeit anzustellen.

Die die Polizeibeamtenschaft am einer baldigen Abstellung ihrer Wünsche und Bedürfnisse begreiflichen Interesse hat, andererseits die angestrebte Lebensverhältnisse ein endgültiges Gesetz noch nicht ermittelten, soll eine vorläufige Regelung auf Grund eines dem Volkstage vorgelegten Gesetzes getroffen werden. Diese vorläufige Regelung soll spätestens am 31. Dezember 1923 außer Kraft treten.

Der Ausbau der „Freien Volksbühne“.

Die „Freie Volksbühne“ hat sich um die Vermittlung guter Bühnenkunst für die weniger bemittelte Bevölkerung bereits sehr verdient gemacht. Etwas weiter nimmt trotz der materiellen Nöte unserer Zeit das Bedürfnis nach wertvollen künstlerischen Veranstaltungen in allen Berufsständen ständig zu. Die augenblicklichen Theaterverhältnisse in Danzig sind jedoch einer Ausdehnung des Mitgliederkreises der „Volksbühne“ sehr hinderlich. Die Aufstellung einer weiteren Serie für Sonntags-Nachmittags-Vorstellungen

Bereinigter Sozialdemokratischer Partei Danzig.

Mittwoch, den 31. Januar, abends 8 Uhr, im Praktikumsaal (Volkshaus).

Vertretertag.

Tagesordnung:

1. Bericht der Stadtverordnetenfraktion. Ref. Gen. Grunhagen.
2. Wahlen zum Parteivorstand.
3. Bericht des Landesvorstandes. Ref. Gen. Frosen.
4. Anträge.

Mitgliedsbuch und Ausweis sind mitzubringen

Der Landesvorstand.

gen kommt nicht in Frage und für regelmäßige Abendvorstellungen fehlt es an geeigneten Lokalitäten. So bleibt der „Volksbühne“ für die Erweiterung ihres Mitgliederkreises vorerst nur die Aufstellung von Serien für Wochentags-Nachmittags-Vorstellungen als Ausweg. Wenn diese Tageszeit für die große Mehrzahl der Bevölkerung zum Theaterbesuch auch nicht in Frage kommt, so ist doch anzunehmen, daß unter der funktionsfähigen Einwohnerschaft Danzigs zahlreiche Personen vorhanden sind, bei denen für den Besuch dieser Vorstellungen keine Hindernisse bestehen. An diese wendet sich die „Volksbühne“. Ihnen will sie, trotz der oben geschilderten Schwierigkeiten, die Möglichkeit zum Besuch wertvoller Theater-Vorstellungen bieten. In den gering bemessenen Beiträgen, wo für monatlich der Besuch einer Vorstellung kostenfrei gewährt wird, dürfte es selbst manchem, der unter den letzten Verhältnissen verarmt ist, möglich sein, den Genuß guter Theaterkunst laufend zu erschwingen. Es ergeht an alle Bürger und Bürgerinnen Danzigs die Aufforderung, sich möglichst zahlreich den neu aufzustellenden Serien anzuschließen. Auch die Mitglieder der vorhandenen Serien werden aufgefordert, soweit ihre berufliche Tätigkeit den Besuch des Theaters an Wochentagen zuläßt, sich auf die neuen Serien überzuschieben zu lassen, um so Platz zu schaffen für zahlreiche Aufnahmefähige, die infolge ihrer Tagesarbeit nur den Sonntag für den Theaterbesuch frei haben. Die Meldungen werden im Bureau der Volksbühne, Seveliusplatz 1-2, Zimmer 42, in der Zeit von 10-1 und 4-6 Uhr wochentäglich, sowie in Langfuhr in der Buchhandlung Siebig entgegengenommen. Der für Februar festgesetzte Beitrag beträgt trotz der Geldentwertung nur 75 Mark. Im Interesse der Weiterentwicklung der „Volksbühne“ wäre zu wünschen, daß obige Aufforderungen starke Beachtung finden.

Infolge der noch nicht beendeten Aufführung des Weihnachtsmärchens im Stadttheater müssen die Februar-Vorstellungen für die Serien A und B nach als Abendveranstaltungen im Schützenhaus stattfinden. Nur Aufführung kommt das Schauspiel „Die Siebzehn-Jährigen“ von Dreyer. Die die mit großem Erfolg verantworteten romantischen Musikabende stellen auch diese Aufführungen einen vollwertigen Ersatz für die Stadttheater-Vorstellungen dar. Darauf werden sämtliche Theater-Aufführungen wieder im Stadttheater vor sich gehen. Von der besonderen Aufführung des Weihnachtsmärchens für die Kinder der „Volksbühne“ Mitglieder mußte trotz der zahlreichen Nachfragen wegen der hohen Kosten Abstand genommen werden. Die Veranstaltung von weiteren guten Konzerten und Morgenspielen ist dagegen in Vorbereitung. Die Geschäftsführung des Vereins wird an Stelle des abberufenen Vizepräsidenten Fräulein, dem der Vorstand für seine umfangreiche uneigennützig Tätigkeit bei seinem Scheiden besonderen Dank widmet, von Herrn Bruno Gallitzke beauftragt.

Selbsthilfe zur Genererhaltung.

Die Genererhaltung nimmt immer schwieriger Formen an und dürfte bei den heutigen Verhältnissen wohl kein Arbeiter mehr in der Lage sein, irgendeinen Angehörigen zu beschaffen, oder er läßt sich unzahlbare Schulden auf den Hals. Als Hilfe in dieser Not kann der Verein der Arbeiter für Genererhaltung, der seinen Sitz in Berlin hat und in Danzig eine Zweigstelle unterhält, bezeichnet werden. Der Verein hat sich zum größten aller Genererhaltungvereine entwickelt und im letzten Geschäftsjahr eine überaus erfolgreiche Tätigkeit auf diesem Gebiete entfaltet. Der Verein übernimmt für seine Mitglieder nach Ablauf eines Jahresjahres die vollständige Genererhaltung nicht allein Nebenkosten von der Wohnung des Verstorbenen bis zur Beerdigung der Urne vollständig auf seine Kosten. Die Mitgliedszahl erreichte Ende Dezember 1923 die Höhe von über 800 000. Die Genererhaltungsstellen des auch in Danzig bestehenden Zentralverbandes protestantischer Christen haben sich aufgelöst und dem Verein für Genererhaltung angeschlossen. Beide Vereine arbeiten jetzt in kultureller Beziehung mit gemeinsamen Aufgaben in enger Gemeinschaft miteinander. Der Verein unterhält jetzt insgesamt über 600 Zentren. Die Zahl der vorgenommenen Beerdigungen betrug im letzten Geschäftsjahr 257. Ein Beweis für die starke finanzielle Kraft des Vereins ergibt sich aus der Tatsache, daß obwohl die Unkosten der Beerdigungsgebühren und der Särge sich allein seit dem 1. Oktober 1923 um mehr als das Dreifache erhöht haben, die monat-

lichen Beiträge jedoch nur um das Doppelte von 6 auf 12 Mark, was auch erst vom 1. Januar ab, erhöht werden konnten. Das soziale und humanitäre Wirken der „Volksbühne“ wird daher nicht nur durch die Zahl der Mitglieder und der Beerdigungen, sondern auch durch die Zahl der Beerdigungen und der Beerdigungen, die die „Volksbühne“ und die „Volksbühne“ in der Danziger Bevölkerung bewirkt. Die tatkräftige Unterstützung und diesem Teil der freiwilligen Bewegung zu Hilfe zu kommen ist eine Aufgabe, der sich die in den Parlamenten und den Kommunalverwaltungen tätigen sozialistischen Parteien nicht entziehen dürfen. Nähere Auskünfte und Maßnahmen erteilen hier in Danzig an jedem Donnerstag abends von 7 bis 8 Uhr, im Lokale Neumann, Stöckert 3.

Für die Aufstellung der Campstellen im Erdbeer-Walden werden weitere 500 000 Mark von der Stadterweiterungskommission angefordert. Durch Stadterweiterungsschluß vom 10. Oktober 1923 wurden für die Aufstellung der Campstellen im Erdbeer-Walden 250 000 Mark bewilligt. Infolge der inzwischen eingetretenen Bodenverhältnisse sind die Mittel nahezu erschöpft. Unter Zugrundelegung der heutigen Rechnungen werden noch etwa 500 000 Mark benötigt.

Abbrufen in den deutschen Märkten mehr. In vielen Bezirken der deutschen Reichsbahn wird in den Wintermonaten nicht mehr abgerufen und diese Erneuerung hat fast überall zu einer schnelleren Abfertigung an den Sperrungen geführt, da die Reisenden nun nicht mehr stehende auf den Bahnsteig drängen; außerdem wurde dadurch eine Personalsparnis erzielt. Aus diesen Gründen hat der Reichsverkehrsminister verfügt, daß das Abbrufen allgemein eingeführt wird; die mechanischen oder elektrischen Abbrufungseinrichtungen sollen jedoch vorläufig beibehalten werden.

Wochenplan des Stadttheaters Danzig, Sonntag, den 29. Januar, 2½ Uhr, zum 25. Male (21. Vorstellung) „Sauerwitzen“. Abends 7 Uhr (11. Vorstellung) „Die drei Brüder“. — Montag, abends 7 Uhr (11. Vorstellung) „Der arme Mann“. — Dienstag, abends 7 Uhr (11. Vorstellung) „Der arme Mann“. — Mittwoch, abends 8 Uhr (11. Vorstellung) „Der arme Mann“. — Donnerstag, abends 7 Uhr (11. Vorstellung) „Der arme Mann“. — Freitag, abends 7 Uhr (11. Vorstellung) „Der arme Mann“. — Samstag, abends 7 Uhr (11. Vorstellung) „Der arme Mann“. — Sonntag, abends 7 Uhr (11. Vorstellung) „Der arme Mann“. — Montag, abends 7 Uhr (11. Vorstellung) „Der arme Mann“. — Dienstag, abends 7 Uhr (11. Vorstellung) „Der arme Mann“. — Mittwoch, abends 8 Uhr (11. Vorstellung) „Der arme Mann“. — Donnerstag, abends 7 Uhr (11. Vorstellung) „Der arme Mann“. — Freitag, abends 7 Uhr (11. Vorstellung) „Der arme Mann“. — Samstag, abends 7 Uhr (11. Vorstellung) „Der arme Mann“. — Sonntag, abends 7 Uhr (11. Vorstellung) „Der arme Mann“.

Die Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter hielt am 25. ihre Generalversammlung ab, die sehr erfolgreich war. Die Wahl der Ortsverwaltung ist erfolgt. Bevollmächtigter ist Herr Krause, Plantage 5, 2 Tr. Richter Herr Bruno Glatz, Schützenhaus 41. Mitglieder sind: Herr Glatz, Otto Marienthal und Vorkämpfer. Der bisherige Bevollmächtigte, der jahrelang der Kasse vorstand, Herr Krause, dankte ab und übergab die Kasse an Herrn Glatz. Die Kasse wird von Herrn Glatz geleitet. Herr Krause dankte für seine langjährigen treuen Dienste. An alle Metallarbeiter wurde die Aufforderung gerichtet, sich mit ihren Familienangehörigen in der Kasse zu veranlassen.

Wasserstandsnotizen am 27. Januar 1923.

	25. 1.	26. 1.	Ausgleich	1. 37	1. 36
Zoochow	+1.54	+1.56	Monatsspeise	0.85	0.82
	25. 1.	26. 1.	Diesel	0.32	0.78
Warschau	+1.40	+1.46	Diesel	1.10	1.02
	25. 1.	26. 1.	Einlage	2.46	2.50
Ploß	+1.05	+1.92	Schienenhof	2.64	2.72
	26. 1.	27. 1.	Rogal		
Thorn	+1.01	+1.14	Schönbau D. P.	6.68	
Dordun	+0.93	+1.03	Salzungen D. P.	4.61	
Fulda	+0.35	+0.91	Neuhofsbuch	2.04	
Gründenz	+1.04	+1.09	Amwachs		

Verantwortlich für Politik Ernst Dörsch für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Friedrich Wucher, für Unterhaltungen Anton Frosen, sämtlich in Danzig. Druck von J. G. Schell & Co., Danzig.

Für unsere Postbezieher!

Um am 1. Februar keine Unterbrechung in der Zustellung der „Volksstimme“ zu erleiden, ist es notwendig, die Postbestellung sofort zu erneuern. Bekanntlich nehmen die Postanstalten Bestellungen nur für einen Monat entgegen, so daß jeder Leser die Bestellung erneuern muß. Leider muß der Bezugspreis wiederum eine Steigerung erfahren. Die gewaltige Wertminderung unserer Währung ist als Preisgewalt in die Höhe geschlagen. Wir sehen uns deshalb gezwungen, den Bezugspreis für den Monat Februar auf

1600.— Mark

festzusetzen. Die Post zieht gegen Auszahlung des Bezugspreises 500 Mark und 5 Mark Postgeld ein. Den Rest von 1100 Mark wollen unsere Leser direkt an uns einsenden. Bestellungen legen wir demnach bei. Mit der gleichen Zahlkarte wollen unsere Leser auch den Restbetrag von 100 Mark für den Monat Januar einsenden. Den Postbezugspreis für diesen Monat haben wir schon Anfang Dezember der Post mitteilen müssen. Da um diese Zeit die Preisgestaltung nicht zu übersehen war, haben wir uns an den jeweiligen Nachforderungen im Laufe der Monate gehalten. Unsere Leser wollen den Betrag bis zum 10. Februar einsenden, da sonst die Post die Lieferung am 11. Februar einstellt.

Wir können wohl erwarten, daß alle Leser uns in dieser schwierigen Zeit die Treue bewahren und so mehr, als die „Volksstimme“ die beste Kampfbahn für die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung und den so dringend notwendigen Volkskampf ist.

Beitrag „Danziger Volksstimme“.

Postbestellung für den Monat Februar 1923.

Bezeichnung der Zeitung	Bezugsgebühr	Postgeld
1. Danziger Volksstimme	600	9

Quittung.

Obige Mk. sind heute richtig bezahlt.

Post-Annahme.

Beitragspflicht zur Angestelltenversicherung.

Nach Artikel 1 Ziffer 6 des Gesetzes vom 7. Juli 1922 (Gesetzbl. S. 244) sind mit Wirkung vom 1. Januar 1923 die Beiträge zur Angestelltenversicherung durch Einkleben von Marken in die Versicherungskarten des Versicherten zu entrichten. Die Gehaltsklassen, wie auch die Höhe der Monatsbeiträge ergeben sich aus der Verordnung vom 28. November 1922 (Gesetzbl. S. 816).

Die Versicherungskarten werden in Danzig von den Polizeireisenden auf Antrag des Versicherten oder des Arbeitgebers ausgestellt, im übrigen Gebiete der Freien Stadt Danzig von den bisherigen Ausgabestellen der Angestelltenversicherung. Die Versicherungskarten liegen zur Ausstellung bereits bereit. Die Beitragsmarken werden demnach bei den Postämtern zum Verkauf gelangen, was noch besonders bekannt gemacht werden wird. (8727)

Landesversicherungsamt der Freien Stadt Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Hubert Schaper
Heute Sonnabend, den 27. Jan., abends 7 Uhr:
Dauerkassens 8.1. Ermäßigte Preise.
Neu einstudiert:

Das Rädchen von Heilbronn

Schauspiel in 5 Akten (12 Bilder) von Heinrich von Kleist. Bearbeitet und in Szene gesetzt von Oberspielleiter Hermann Herz.

Inspektion: Emil Beyer.

Freitag 7 Uhr. Karte 10.50. Uhr.

Sonntag, den 28. Januar, nachm. 2.15 Uhr: Kleines Drama: Scherzweitschen und die beiden Jünger. Sonntag, den 29. Januar, abends 7 Uhr: Dauerkassens haben keine Gültigkeit. „Wie die Träumen“. Schauspiel.

Montag, den 29. Januar, abends 7 Uhr: Dauerkassens 8.1. „Der und Zimmermann“. Komische Oper.

Wilhelm-Theater

Direktion: Paul Baasman

Allabendlich 7 1/2 Uhr:

Walter Bährmann

Danzigs Lieblingshumorist und das

glänzende Januarprogramm

muß man sehen!

Vorverkauf bei Freymann

Kasseneröffnung 8 Uhr.

Libelle: 2 Kapellen

Neues Kabarett-Programm.

Freie Volksbühne

Montag, den 8. Februar Serie A: Donnerstag, den 5. Februar Serie B im Friedrich-Wilhelm-Schauspielhaus, abends 7.15 Uhr.

Sonntag, den 18. Februar Serie C: Sonntag, den 20. Februar Serie D im Stadttheater, nachmittags 2.15 Uhr.

Die Siebzehnjährigen

Schauspiel in 4 Akten von Max Dreyer.

Die Auslosung der Plakarten

Abends 7.15 Uhr: für Serie A am 2. und 3. Februar, für Serie B am 5. und 7. Februar, für Serie C am 18. und 20. Februar, für Serie D am 23. und 25. Februar, vormittags von 9-12 Uhr und nachmittags von 2-5 Uhr, Spielplan 1-2, Zimmer 42.

Wiederholungen am Donnerstag, nachm. von 1-5 Uhr. Der Monatsbeitrag für März ist zu zahlen.

Baptistengemeinde, Pöhl 10-12

Sonntag, den 28. Januar 1923

Saalweihe

Vormittags 10 Uhr

Weihegottesdienst, Pred. Meyer

Nachmittags 4 Uhr

Festgottesdienst verbunden mit

besonderen Gebetsanliegen und Ansprachen.

Eintritt frei. Jedermann willkommen.

Centralverein Danziger Staatsbürger

jüdischen Glaubens.

Montag, den 28. Jan. um 8 Uhr im Saal. Gymnasium

Mitgliederfeier

Rede von Herrn Prof. Dr. Goldmann - Leipzig

Eintritt nur für Mitglieder.

Ich habe mich als Rechtsanwalt

niedergelassen.

Max Borg

Danzig, Lastader 55d.

Telephon 4334.

8729

Hotel Danziger Hof

Wintergarten

5 Uhr-Tanz-Tee

Ballorchester: Fritz Fuchs

Sascha Padukowsky

Fernand Caspary

Ab 12 Uhr

Nachtvorstellung

Ballett Mosa Lisa - Sascha Padukowsky

Dancing Dolls - Erich Wolf

einzig in Danzig

REUNION II

Ballorchester: Fritz Fuchs

Künstlerspiele

Das hervorragende Januar-Programm

Jeden Abend

PREISBOXEN

Interessante Kämpfe

Bonbonniere

Internationaler Wettbewerb Kapelle: Arkadi Flato.

Arbeiter-Bildungsausschuß.

Im Laufe des Quartals finden folgende Kurse und Vorträge statt:

1. Vortragskurs: Grundbegriffe der Philosophie. Mit-

wochabende, am 7., 14., 21., 28. Februar, 7. und 14. März.

Vortragender: Dr. Zint. Karte 50.- Mark.

2. Einführungsvorträge in die Musik (mit musk. Erläuterungen). Sonnabende, am 3., 10., 17. März. Vortragender:

Dr. Kameltzen. Karte 30.- Mark.

3. Vorlesung über Arbeiterdichtung. Am Sonnabend, den 24. März. Vortragender: Willibald Omankowski.

Karte 15.- Mark.

Außerdem am Sonnabend, den 2. Februar

Volks-Unterhaltungsabend.

Konzertsaal. Vorträge, gesungene und musikalische Darbietungen.

Karte 50.- Mark.

Ort für sämtliche Veranstaltungen: Städt. Gymnasium am Winterplatz.

Beginn: pünktlich 7 Uhr abends.

Die Karten sind zu haben: in den Gewerkschaftsbüros, in den Verkaufsstellen der Volksstimme und bei den Parteivertrauensleuten.

Telephon

Nr. 2361

Metropol-

Lichtspiele

Dominikanerwall 12. 8730

Unser neuer Spielplan

eine Kette von Sensationen und

Ueberraschungen!

Die einsame Insel!

II. Teil von

Hyänen der Welt!

Hauptdarsteller:

Fred Stranz

and

Das Skelett

des Selbstmörders!

Detectiv-Drama in 6 Akten

mit Sascha Gura und Rob. Scholz.

Beifugendichte, gediegene Musik!

Danziger Freistaatsbürger!

Seit Wochen sehen wir mit Entsetzen, wie durch die Entwertung der Mark und die sprunghafte Steigerung aller notwendigen Dinge die Armut unserer Bevölkerung dem Hunger der Verzweiflung anheimfällt. Fast alle, die in einem arbeitsreichen Leben und durch strenge Sparsamkeit ein Kapital sammeln, um eine gewisse Lebensabende zu genießen, sehen sich um die Früchte ihres Fleißes gebracht. Die Kapitalrenten sind wertlos geworden. Die Begleiter stehen vor dem Nichts und fallen der öffentlichen Wohlfahrtspflege zur Last. Aus diesem Elend betroffen, die zu den Kulturträgern unseres Volkes zählen, die die zuverlässigsten Steuerzahler waren und Staat und Gemeinde treue Dienste leisteten.

Auf der anderen Seite sehen wir, daß andere Volkskreise aus der steigenden Daula ungeachtet Vorteile haben und es sich in kräftige Gegenstände gekümmert. Aus diesen Gegenständen erwächst G. blitterung. Diese unbeschreibliche Not zu lindern, die Gegenstände auszugleichen ist Aufgabe aller, die in geistlicher Lage sich täglich jastelassen können.

In Herz und Gewissen unserer Mitbürger richten wir daher die dringende Bitte - Helft! Helft nicht engherzig sondern großzügig und großzügig.

Noch einmal wie schon oft muß das ganze Volk sich bereit finden lassen, Opfer zu bringen und den Kampf aufzunehmen gegen Hunger und Elend, gegen Verbitterung und Verzweiflung. Helft! Rettet die Hungernden.

Der Ehrenausschuß.

gez. Sahm, Senatspräsident.

Der Arbeitsausschuß.

gez. Marie Meyer, Stadtverordnete.

Zentral-Theater

Langgasse 31 + Fernsprecher 1113

Vom 26. Januar bis 1. Februar 1923

Max Landa

Liane Rosen - Leop. v. Ledebour

In dem Detektiv-Gentleman-Film:

Die Schachdame

6 spannende Akte.

und die große amerikanische Tragödie:

Der 13. am Tisch

6 große Akte. 8731

Platin, Zahngebisse

Gold- und Silbergegenstände, wie Bruch

Münzen aller Art, kauft zu den

höchsten Preisen

Otto Below, 27 Goldschmiedegasse 27

Telephon Nr. 3850.

gerichtlich vereid. Sachverständiger u. Taxator.

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854

3854